

Wädenswil und Zürich, 10. Februar 1997

KR-Nr. 49/1997

**PARLAMENARISCHE INITIATIVE** von Julia Gerber Rüegg (SP, Wädenswil), und Franz Cahannes (SP, Zürich)

betreffend Standesinitiative zur materiellen Steuerharmonisierung

---

Der Kanton Zürich reicht der Bundesversammlung der schweizerischen Eidgenossenschaft gemäss Art. 93 BV folgende Standesinitiative für die formelle und materielle Harmonisierung der direkten Steuern ein:

Art. 42 *quinquies*, Absatz 2 und 3 heissen neu:

Der Bund sorgt in Zusammenarbeit mit den Kantonen für die Harmonisierung der direkten Steuern von Bund, Kantonen und Gemeinden.

Zu diesem Zweck erlässt er auf dem Wege der Bundesgesetzgebung Grundsätze für die Gesetzgebung der Kantone und Gemeinden über Steuerpflicht, Gegenstand und zeitliche Bemessung der Steuern, Steuertarife, Steuersätze, Steuerfreibeträge, Erbschafts- und Schenkungssteuer sowie über Verfahrensrecht und Steuerstrafrecht und überwacht ihre Einhaltung.

Julia Gerber Rüegg  
Franz Cahannes

Begründung:

Kantone mit geringen Aufwendungen für Infrastruktur zeichnen sich oft durch eine tiefe Steuerbelastung aus, wenn sie durch ihre geographisch günstige Lage von den Leistungen der Nachbarkantone profitieren können (Bildung, Forschung, Verkehr). Sie ziehen zunehmend gutsituierte Personen und florierende Unternehmen an. In der Folge können sie die Steuerbelastung für die einzelnen Steuerpflichtigen weiter reduzieren. Auf der anderen Seite verringert sich durch den Wegzug einkommens- und kapitalkräftiger Steuerpflichtiger das Steuerpotential gerade in den Kantonen, welche oft zentralörtliche Leistungen für die ganze Wirtschaftsregion erbringen. In diesen Kantonen muss die Steuerbelastung zwangsläufig erhöht werden, wenn nicht ein Leistungsabbau in Kauf genommen wird. Damit werden sie noch unattraktiver für steuerkräftige Personen und Firmen. Weitere Steuerpflichtige verlegen ihr Domizil in die steuergünstigeren Kantone, profitieren aber von den Infrastrukturleistungen der anderen. Der wachsenden Disparität der Steuerbelastung unter den einzelnen Kantonen darf nicht weiter zugesehen werden, weil sie zunehmend ungerecht ist und zu Spannungen innerhalb unseres Landes führen kann. Die Initiative möchte dem Auseinanderdriften der Steuerbelastung in den Kantonen Einhalt gebieten. Die Kantone der Schweiz können es sich angesichts der Globalisierung der Märkte nicht leisten sich gegenseitig durch Steuerdumping zu schaden. Die Initiative schafft die Voraussetzung für mehr Steuersolidarität.